

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammeishain, Beucha, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleiberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staadtitz, Throna usw.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

**Verkauf** wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: wöchentlich M. 65.000.000.— mit Austr., Post einschl. der Postgeb., monatlich nach Schlußjahr. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreis:** Die 6spaltige Zeile 80 M., amtliche 100 M., Reklameteil (3sp.) 150 M., kleine und Familienanzeigen 50 M. mal Schlußjahr 600.000. Tabell. Satz 50%, Aufschlag. Bei unbedeutend geschriebenen, sowie durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güntz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 1.

Nummer 124

Freitag, den 19. Oktober 1923

34. Jahrgang

## Amthliches.

Der Teuerungszuschlag zu den Eisenbahnfahrten beträgt ab 8. Oktober 1923 das

**35 000 000 fache**

der Grundlage.

Grimma und Cösditz, 15. Oktober 1923.

Die Amtshauptmannschaft. Die Stadträte.

Zufolge Ministerverordnung vom 5. Oktober 1923 (S. Bl. S. 475) ist auf die für das Rechnungsjahr 1923 noch geschuldeten Staatsgrundsteuer eine sofortige Abschlagszahlung zu entrichten.

Ueber die Abschlagszahlung gehen den Steuerpflichtigen schriftliche Zahlungsaufforderungen nicht zu; die Höhe der Abschlagszahlung muß sich jeder Steuerpflichtige in nachstehender Weise selbst berechnen.

Die Abschlagszahlung beträgt ein Viertes des unter A des Grundsteuerbescheides für das Rechnungsjahr 1922 festgestellten Steuerwerts des Steuergegenstandes (Grundstück, Erbbaurecht, Gebäude auf fremdem Grund und Boden), und zwar

- bei roggengrundsteuerpflichtigen (d. h. landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen) Grundstücken das 350 fache des Steuerwerts,
- bei den übrigen Grundstücksarten (z. B. Wohngrundstücke, bebaute und unbebaute gewerbliche Grundstücke) das 225 fache des Steuerwerts.

Von dem berechneten Betrage sind 25 v. H. als Abschlagszahlung auf den Gemeindeforschlag außerdem zu entrichten.

Wird die Gesamtabchlagszahlung nicht rechtzeitig entrichtet, so ist für jeden der Fälligkeit der Abschlagszahlung folgenden angelegenen Kalendermonat (— vom 1. November d. S. ab) ein Zuschlag von 50 v. H. der rückständigen Abschlagszahlung zu entrichten. Gegen Schumige wird die zwangsweise Beitreibung durchgeföhrt werden.

Naunhof, am 15. Oktober 1923.

Der Stadtrat

als Grundsteuerbehörde.

Der Wasserpreis für das seit der letzten Ablesung entnommene Wasser (1/2 Jahr) beträgt 10 Millionen Mark je cbm. Der Preis wird bei der jetzigen Ablesung sofort eingezogen.

Wassermessermiete wird bis auf weiteres nicht erhoben. Der Betrag hierfür ist in den Wasserpreis eingerechnet. Wenn in einem Grundstücke mehr als ein Messer aufgestellt wird, bleibt die Nachforderung eines entsprechenden Betrags vorbehalten.

Naunhof, am 18. Oktober 1923.

Der Bürgermeister.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Zusammenkunft zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel soll nunmehr am 21. Oktober erfolgen.

Vom 18. Oktober an werden die Telegraphen- und Fernsprechkablen verknüpft.

Präsident der neuen Rentenbank soll der frühere preussische Finanzminister Dr. Renze werden.

Die Eisenbahner im besetzten Gebiet verhandeln noch mit den französischen Stellen über Art und Umfang der Einstellung zum Dienst.

Moskau, Präsident der tschechoslowakischen Republik, weilt in Paris und tauscht mit Millerand Verständigungsreden aus.

## Der neue Schrift Deutschlands.

Volcaré macht die „Rückkehr zur Arbeit“ im Ruhrgebiet zum Vorwand für die Errichtung einer vollständigen wirtschaftlichen und politischen Kontrolle. Er unterstellt französische Verwaltung den einzigen Teil Deutschlands, aus dem im besten Falle für lange Zeit irgendwelche Entschädigungen kommen können und erschüttert zu gleicher Zeit bis in die Grundlagen den ganzen deutschen Staat, mit dem allein endgültige Unterhandlungen eingegangen werden können.

So schreibt ein liberales englisches Blatt. Treffender kann die gegenwärtige Situation, kann die Politik Volcarés nicht gekennzeichnet werden. Und in diese Situation, diese Politik hinein erfolgt ein neuer Schrift Deutschlands in Paris, der soeben durch unsern Geschäftsträger v. Hoesch bei einem Besuch Volcarés unternommen wurde. Zweifellos wird damit die Absicht der deutschen Regierung kundgetan, die Frage der Sachlieferungen irgendwie ins Rollen zu bringen. Zwar haben die Franzosen durch Verhandlungen mit den Industriellen sich Sachlieferungen gesichert, fahren ebenso fort, Kohlen und Holz zu beschlagnahmen; das alles ist aber solange kein Schritt für die wirkliche Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet, bleibt eine praktische Unmöglichkeit, als die Frage der Bezahlung dieser Sachlieferungen nicht geregelt ist, solange das Reich nicht zu Abmachungen mit Frankreich über die Frage der Entschädigung an die Lieferanten gekommen ist. In den bekannten Leistungen, die bei Beginn der Verhandlungen zwischen den Industriellen und Deputierte der Reichsregierung unterbreitet worden waren, findet sich auch als erster die — selbstverständliche — Forderung, sowohl für die geraubten Kohlen wie für die zukünftigen Lieferungen vom Reich Bezahlung zu erhalten. Das heißt also, das Verhältnis wiederherzustellen, wie es vor der Einstellung der deutschen Sachlieferungen eingerichtet war, denn wenn das Reich diese Zahlungen verweigert, können die Werke weder produzieren noch liefern, weil sie ja von Frankreich Bezahlung nicht erhalten, sondern der Betrag „dem deutschen Reparationskonto zugeschrieben“ wird.

## Aus dem sächsischen Landtage.

Im Dresdener Parlament spielte sich ein scharfer Kampf ab, bei dem die bürgerlichen Parteien und der Ministerpräsident zusammenstehen. Die Abgeordneten der drei bürgerlichen Parteien sprachen der Regierung ihr Vertrauen aus, während die Redner der Sozialdemokratie und der Kommunisten der Regierung ihr vollstes Vertrauen bejubelten. Ministerpräsident Dr. Zeigner wandte sich gegen die Ausführungen der drei bürgerlichen Redner. Als er auf den Vorschlag der Regierungserklärung zu sprechen kam, in dem eine Änderung des Beamtenums verlangt wird, enthielt ein ungeheurer Lärm. Der Ministerpräsident warf den Beamten vor, daß viele von ihnen ihre Haupttätigkeit in der Abhebung des Gehalts erblickten. Auch der Abg. Dehne, obwohl er Mitglied einer republikanisch-demokratischen Partei sei, habe seinem Minister nicht in dem Maße zur Seite, wie man es von einem Ministerialdirektor verlangen könnte. Wegen dieses Angriffes auf einen Abgeordneten wurde der Ministerpräsident vom Vizepräsidenten Wünger zur Ordnung gerufen. Dr. Zeigner ging dann auf den Ausnahmestand ein, den er scharf geißelte. Unter anderem erwähnte er die neuesten Verordnungen des Generalleutnants Müller, nach der gesamte Polizei Sachsens dem Wehrkreisoberkommando unterstellt sei. Er erklärte, der Staat müsse sich auch gegenüber dem Militär durchsetzen.

Dresden, 17. Oktober.

In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtags kam es zu einem sensationellen Zwischenfall, als Ministerpräsident Dr. Zeigner einen Brief des Militärbefehlshabers v. Müller las, in dem General v. Müller auf eine Rede des kommunistischen Ministers Dr. Böttcher in Leipzig Bezug nimmt. Am Schluß des Briefes sagte General Müller: „Ich habe bei allen meinen bisherigen Maßnahmen die Mitarbeit der sächsischen Regierung als Voraussetzung genommen, für deren Fortführung bitte ich Sie zu den Ausführungen des Ministers Böttchers Stellung zu nehmen und mir mitzutheilen, ob sich das Gesamtministerium mit den Ausführungen des Herrn Böttchers einverstanden erklärt, oder ob es davon abrückt. Für den letzten Fall muß ich, um klare Verhältnisse zu schaffen, erklären, daß die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlicht. Gleichfalls bitte ich um Mitteilung von Maßnahmen, die derartige Entlassungen von Ministern zu verhindern, imlande sind.“

Ministerpräsident Dr. Zeigner sagte, das Parlament habe keinen Sinn und keine Macht mehr, wenn es sich solche Dinge gefallen läßt. Es erscheint demnach zweifelhaft, ob die sächsische Regierung überhaupt auf den Brief des Militärbefehlshabers antworten wird. Jedenfalls wächst die Spannung zwischen sächsischer Regierung und Militärbefehlshaber von Tag zu Tag.

Damit wird das gesamte Problem der Zahlungsfähigkeit Deutschlands angeknüpft. Weigert sich Volcaré irgendwie auf deutsche Vorschläge einzugehen — was er wohl wieder offen oder verlausuliert tun wird —, so kann Deutschland nun nicht einfach durch Privatabmachungen mit Lieferanten die Zahlungen beden, sondern — und das ist wohl auch die Absicht Volcarés — muß die ganze Sache vor die Reparationskommission bringen. Und das heißt, ihre Entscheidung verzögern. Wenn Volcaré seinen Willen durchgesetzt hat, mögen vielleicht Unterhandlungen beginnen. Es ist aber nicht recht klar, was dann für ein Unterhandeln überhaupt noch übrig sein wird.“ schreibt jene englische Zeitung. Weil er bis dahin sein Ziel, die politische und wirtschaftliche Unterjochung des besetzten Gebietes, erreicht haben wird.

Deutschland kann aber gar nicht „aus menschlichen Erwägungen heraus“ nun das gesamte Ruhrgebiet nach wie vor unterhalten. Damit würde es den Rest Deutschlands ganz ruinieren. Es muß einfach derartige Zahlungen ablehnen, wenn nicht die Regelung von Staat zu Staat erfolgt. Obwohl zweifellos in Paris dann wieder über den „mangelnden guten Willen“ Deutschlands geschrieben und geschrieben werden wird. In dem Brief Dr. Stresemanns an Bismarck hat der Reichskanzler auch diesen Standpunkt ganz offen zum Ausdruck gebracht. Frankreich will das parlieren durch die Einziehung der Steuern im besetzten Gebiet; ein offenbar von Volcaré beeinflusster „Temps“-Artikel deutet das an. Oder man greift zu anderen Zwangsmaßnahmen.

Die Lage ist also außerordentlich verwickelt, zumal ja gleichzeitig von Belgien und — wenn auch mit geringem Nachdruck — auch von England aus versucht wird, das Reparationsproblem, zu dem ja die Sachlieferungen auch gehören, in seiner Gesamtheit ins Rollen zu bringen. Aber alles hängt von der Entscheidung in Paris, von der Antwort ab, die Volcaré auf unsere Vorschläge machen wird. Und über diese soll man sich wirklich keinen großen Hoffnungen mehr hingeben. Weigert sich Frankreich, irgendwie einzugehen auf das, was wir ihm zu sagen haben, so wird es sehr bald vor die Notwendigkeit gestellt sein, nun von sich aus die Verhältnisse im Ruhrgebiet zu ordnen, es überhaupt erst wieder auf die Beine zu stellen, ehe es an seine „produktiven Pfänder“ — produktiv machen.

## Erklärung der Reichsregierung.

In den letzten Tagen sind über die Verhältnisse in Sachsen Berichte in die Öffentlichkeit gelangt, die eine weitgehende Beunruhigung hervorgerufen haben. Von den zuständigen Stellen wird die Entwicklung dieser Verhältnisse mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Reichsregierung wird unter allen Umständen dafür Sorge tragen, daß die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger und gesetzmäßiger Zustände gewährleistet wird.

So lautet eine in Berlin herausgegebene amtliche Erklärung. Während dem spielt sich die Lage in Sachsen fest zu einem offenen Konflikt zwischen dem Militärbefehlshaber und der sächsischen Regierung zu. Die Regierung bezweifelt die Rechtsgültigkeit der Verfügungen des Generals v. Müller gegen die proletarischen Hundertschaften rückhaltlos. Der Militärbefehlshaber hat dagegen eine neue Maßregel getroffen, indem die gesamte Polizei und Gendarmerie dem Befehl des Wehrkreisoberkommandos unterstellt mit der Begründung, daß die Polizei zur Überwindung etwaiger Widerstände gegen die Aushebung der proletarischen Hundertschaften und Aktionsausschüsse verwendet werden solle.

Nach einer weiteren Mitteilung des Wehrkreisoberkommandos hat der erste Kongreß der sächsischen proletarischen Abwehrorganisationen trotz des Verbotes des militärischen Befehlshabers stattgefunden. Es sei möglich, daß das Verbot der Hundertschaften und Aktionsausschüsse auf scharfen Widerstand stöße, der unter Umständen nur durch Einschießung von Truppen gedrohen werden könne.

## Das Verbot der sächsischen Hundertschaften.

Dresden. Die sächsische Regierung erklärt eine Erklärung, in der sie gegen das vom Wehrkreisoberkommando 4 angeordnete Verbot der proletarischen Hundertschaften Stellung nimmt. Die Regierung erklärt, sie habe gegen das Verbot grundsätzliche Bedenken, weil die Verfassungstreue und die Entschlossenheit der proletarischen Hundertschaften, die Republik gegen alle Angriffe zu verteidigen, nicht bestritten werden könne. Sie werde ihre Bedenken auch in Berlin aussprechen.

## Abgeordneter Meier Zivilkommissar für Sachsen.

Berlin, 17. Oktober. Die Ernennung des Sozialdemokratischen Abgeordneten Meier-Zwickau zum Zivilkommissar des Wehrkreisoberkommandos 4 ist heute vormittag erfolgt. Meier gehört der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an.

## Die Franzosen in Essen.

Beabsichtigen sie dauernden Aufenthalt? Nachdem bereits eine größere Anzahl von öffentlichen Gebäuden, Schulen, Hotels und Privatwohnungen, rund 4000 Zimmer beschlagnahmt worden sind, ist nunmehr an das Besatzungsamt Essen der Antrag auf Bereitstellung von 310 Wohnungen mit insgesamt 1045 Zimmern gestellt worden. Dazu kommt bei jeder einzelnen Wohnung, die vollständig möbliert sein muß, die Bereitstellung einer Küche und eines Wäszimmers. Während es bisher den Angehörigen der Besatzungsmächte nicht gestattet war, mit ihren Familien zusammen zu leben, ist diese Bestimmung jetzt offenbar aufgehoben. Das Besatzungsamt muß auch für Heizmaterial und für die Beheizung Sorge tragen.

Die Anforderungen bedeuten für die Stadt Essen eine ungeheure Last, da es in Essen 20 000 Wohnungssuchende gibt. Außerdem sind Stallungen für 380 Pferde angefordert worden. Da nicht genug Stallungen vorhanden sind, ist die Stadtverwaltung genötigt, Neubauten aufzuführen. Essen gehört nicht zum alibefreiten Gebiet, welches das linke Rheinufer und die drei Brückendörfer umfaßt.

## Fortsetzung der Geldbühelräuberei.

Von der französischen Besatzungsbehörde sind aus der Tageskasse der Reichsbankstelle Düsseldorf 42 Millionen Mark fortgenommen worden. Die deutsche Besatzungsarmee nahm aus den Tageskassen der Reichsbankstelle Aachen 6 Millionen Mark fort. In der Reichsbankstelle Arefeld wurden 6 Millionen Mark gewaltsam fortgenommen.

## Rahrs neue Verfügung.

Teilnahme an sozialistischen Selbstschußverbänden verboten. München, 17. Oktober.

Durch eine amtliche bekanntgegebene Verordnung des Generalstaatskommissars ist am 16. Oktober 1923 vor allen Personen, die in Bayern ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, die Zugehörigkeit zu einem Sicherheits- oder Selbstschußverband oder ähnlichen Einrichtungen der Vereinigten Sozialdemokratischen oder der Kommunistischen Partei auch außerhalb Bayerns verboten und die Teilnahme an Übungen, Veranstaltungen oder Zu-

Dr. Frank be-  
einer Ansprache  
überen Gäste und  
en und der österr.  
bin.

te? In laudat West

12. 10.  
gesucht | angeh.

156100	1563000
156250	701750
156380	1050620
156450	62155
156500	401000
156500	1804500
156525	711775
156540	240800
156550	205512
156560	180450
156570	55.789
156580	210.525
156590	118295

bermarkt, demna b  
Bolhofenige.

r. Amtlich festge-  
logramm ob Sta-  
der 6800—7000.  
ig. Gerste, Som-  
licher 4800—5000.  
rei Berlin brutto  
r. Koll. Rubin.  
brutto inkl. Sad  
berlin 2100—3000.  
r. Watter. Wirt-  
n 12 000—15 000.

erungskommission  
teile pro 50 Kilo-  
r Markt (in Wirt-  
entrod 240—250.  
n 150—160. Reg-  
n- und Beizen-  
neu 180—200.

erhoffen, rote und  
0).

ng dieser Bank  
neuen Institut  
r Abrechnung-  
verständiger  
umfänglichem  
hilfen in anbe-  
hlensteuer. In-  
denen fünfzehn  
rifer- und Kol-  
rifikts ab Lager  
abstofs ab Lager

eur in Hranosel

## ge Tagel

orgen gebe auf alle  
O, Rabati in bar  
Waren. Da ich eine  
ung beden muß, die-  
angebot. Bei nur  
Einkauf haben Sie  
tionen Rabati. Be-  
ne neuen Sachen in  
n. 4 schone Sweite  
2 Milliarden verkauft  
Bartenstraße 58.

Wasch-  
Maschinen  
1. g. 80. Auswahl  
Wilhelm  
Gardaba  
Leipzig,  
Lerobien-  
platz 2  
Fernr. 15 090  
Dr. Spezial-  
geschäft am  
Platz  
Wiederwerk  
u. Vertr. ges.

ft ii ck

amilienhaus, gute  
ca. 1/2 Acker Feld.  
che werbefähige  
le u. „Wurgen“  
es.

u. billig Buch-  
Güntz & Eule.

esbaden  
h, unser

Haborg



Samenklümpen solcher Verbände oder Einrichtungen unterlag. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bestraft, daneben kann auf Geldstrafe in unbeschränkter Höhe erkannt werden.

## Errichtung der Rentenbank.

Dr. Lentze Präsident.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank hat beschlossen, den ehemaligen preussischen Finanzminister Dr. Lentze zum Präsidenten des neuen Renteninstitutes vorzuschlagen. Außerdem beschloß der Verwaltungsrat die Satzungen für seine Geschäftsführung.

Dr. Lentze war Oberbürgermeister von Magdeburg und dann sieben Jahre, von 1910 ab, preussischer Finanzminister. Er ist 63 Jahre alt.

### Rentenbriefe, Rentenmark, Rentenpfennige.

Die mit dem 16. Oktober in Kraft getretene Verordnung über die Rentenbank ist bekanntgegeben worden. Im wesentlichen bringt der Wortlaut kaum etwas Unbekanntes. Hervorzuheben ist noch, daß die Rentenbank von allen Steuern des Reiches, der Länder und Gemeinden vom Vermögen und Einkommen sowie vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb befreit ist.

Die Deutsche Rentenbank erwirbt an den Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch zu zwecken dienen und der Besteuerung unterliegen, in Höhe von 4 % des Wertes eine auf Goldmark lautende Grundschuld. Die Grundschuld geht, soweit nicht mit anderen Staaten getroffene Vereinbarungen entgegenstehen, allen anderen Lasten im Range vor. Als Wertmaßstab wird die alte Goldmark gerechnet. Die bei Inkrafttreten der Verordnung bestehenden industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe, einschließlich der Banken, werden mit demselben Betrage in Goldmark belastet wie die landwirtschaftlichen usw. Grundstücke.

Die Bank stellt auf Grund der für sie begründeten Grundschulden und der ihr zu übergebenden Schuldverschreibungen Rentenbriefe aus. Die Rentenbriefe lauten auf 500 Goldmark oder ein Vielfaches davon. Die Rentenbriefe sind mit 5 % jährlich verzinslich und können nach Ablauf von fünf Jahren von der Deutschen Rentenbank zur Rückzahlung zu ihrem Nennwert im ganzen oder in Serien aufgeführt werden. Die Rentenbriefe dienen als Deckung für die von der Deutschen Rentenbank auszugebenden Rentenbankpfennige. Die Wertigkeit dieser Rentenbankpfennige ist die Rentenmark, die in 100 Rentenpfennige eingeteilt ist.

Auf Grund je eines über 500 Goldmark lautenden Rentenbriefes dürfen unter der Bezeichnung Rentenbankpfennige besondere Wertzeichen im Betrage von 500 Rentenmark, insgesamt nicht mehr als der Betrag des Kapitals und der Grundschulden, ausgegeben werden. Die Rentenbankpfennige sind an den öffentlichen Kassen als Zahlungsmittel anzunehmen.

Der Reingewinn der Deutschen Rentenbank wird ziemlich beträchtlich sein, da sämtliche in ihrem Gewahrsam befindlichen Rentenbriefe, also auch die nicht in den Verkehr stehenden, die als Deckung für die Rentenmark dienen, von den Erwerbsländern verzinst werden. Für das umlaufende Geld braucht sie aber keine Zinsen aufzuwenden. Weitere Gewinne erwachsen ihr aus dem Darlehen, das sie in Höhe von 900 Millionen Mark mit 6 % verzinslich an das Reich gibt, und aus ihren mit der Rentenbank abzuschließenden Kreditgeschäften. Von dem Reingewinn wird zum zunächst ein Betrag von 40 % und nach Tilgung des dem Reiches zinslos zu gewährenden Darlehens von 300 Millionen Mark ein solcher von 30 % einem Tilgungskonto zugeführt. Dann wird bis zur Höhe von 6 % Dividenden den Anteilseignern zugewendet und der Rest zur Verstärkung des Tilgungskontos verwendet. Man rechnet damit, daß die Höchstdividende von 6 % sehr bald erreicht sein wird.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

#### Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz.

Zwischen der Regierung und den Koalitionsparteien sind die Besprechungen über das Arbeitszeitgesetz aufgenommen worden. Daneben liefen Verhandlungen mit den Gewerkschaften. Die Plenarsitzung des Reichstages, in der das Arbeitszeitgesetz zur Verhandlung kommen soll, ist für Dienstag nächster Woche vorgesehen. Man rechnete darauf, daß sich eine weitere Verschiebung vermeiden lassen werde.

#### Verknüpfung Telegraphen- und Fernspreckgebühren.

Zum 20. Oktober werden die Sätze des Brief- und Paketverkehrs im allgemeinen verdoppelt, die Gebühren des Telegraphen- und Fernspreckverkehrs werden am gleichen Tage sogar auf das Fünffache erhöht. Ein Ortsgespräch kostet dann also 50 Millionen.

#### Gewerkschaften und Wirtschaftslage.

Im Reichswirtschaftsrat traten die Bundesvorsitzenden der drei freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einer Aussprache über die wirtschaftliche Lage zusammen. Die Reichsregierung war durch mehrere Referenten des Wirtschafts-, Finanz- und Ernährungsministeriums vertreten. In einer Entschließung wird u. a. erklärt, daß nur rasche und tiefgreifende Maßnahmen den völligen Zusammenbruch verhindern können. Die Ordnung der Währung und der Staatshaushalts müsse sofort herbeigeführt werden. Die Beschränkung des hemmungslosen Gewinntriebes, die Erzeugung eines erheblichen Preisrückganges und damit Stärkung der Konsumkraft, sind notwendige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiedergesundung. Alle Mittel der Staatsgewalt müssen eingesetzt werden, um zu verhindern, daß das Volk bei bösen Scheunen verhungert.

#### Die neue Regierung Thüringens.

Im Thüringischen Landtag gab der Abg. Anauer (Soz.) folgende Ministerliste bekannt: Inneres: Staatsminister Hermann (wie bisher), Finanzen: Hartmann (Soz.), Justiz: Oberlandesgerichtsrat Dr. Korsch-Jena (Komm.), Volksbildung: Grell (Soz.), Wirtschaft: Tenker (Komm.). Als Staatsräte für die nicht vertretenen Gebiete werden vorgeschlagen für Sonderhausen Abg. Wieligk (Soz.), für Gotha Abg. Dr. Neubauer (Komm.) und für Altenburg Abg. Frölich (Soz.). Ein Antrag der B. S. P. D. und A. P. D. auf Reorganisation der Landesregierung, wonach ein weiteres Ministerium, und zwar für Auswärtige geschaffen werden soll, dem der bisherige Staatsminister Frölich zugleich als Ministerpräsident vorschickte, wurde von der Mehrheit angenommen. Die Minderheit der bürgerlichen Parteien betrug 24 gegen 28 der sozialdemokratischen Parteien.

#### Nordamerika.

Präsident Coolidge interessiert sich nicht. Senator Smoot, ein Mitglied der amerikanischen Schuldenfunktionskommission, der vor kurzem aus Europa zurückgekehrt ist, hat Präsident Coolidge den Vorschlag gemacht, daß die Vereinigten Staaten im Verein mit Großbritannien und den Ländern, die sich anschließen wollen, eine Kommission

nennen sollen, die Deutschland besucht und über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands Bericht erstattet. Smoot erklärte, es müsse bald zu einer Regelung kommen, sonst werde Deutschland in Bürgerkrieg fürgeren. Deutschland könne niemals 132 Milliarden Goldmark zahlen. Der Berichterstatter hebt hervor, daß, soweit das Weiße Haus in Betracht komme, die Regel strenger Vermeidung derartiger Fragen weiterhin aufrechterhalten wird. Anscheinend werde nur ein Geschehnis von beispielloser Größe Präsident Coolidge aus seiner Zurückhaltung bringen.

#### Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Gewerkschaftsrat hat in einer schriftlichen Eingabe an den Reichsernährungsminister auf die bedenklichen Auswirkungen des Brotpreises auf die allgemeine Lebenshaltung hingewiesen.

Berlin. Der heutige Tag verlief ruhig. Von Feuerunruhen und Demonstrationen wurde bis gegen Abend nichts bekannt.

Moskau. Die unter dem Patriarchen Tichon stehende russische Kirche ging mit Zustimmung des Konstantinopler Patriarchen vom 14. Oktober ab zum neuen gregorianischen Kalender über.

## Der Rhein-Diktator über die Lage.

Für die Beurteilung der Lage und Zukunft des besetzten Gebietes an Rhein und Ruhr erscheint besonders eine Erklärung wichtig, die General Degoutte als Oberkommandierender der französischen Rhein- und Ruhrarmee einem Mitarbeiter des Brüsseler „Soir“ gab. Daß in dieser Unterredung schon vor zehn Tagen etwa der Abbruch des passiven Widerstandes als unmittelbar bevorstehend bezeichnet wurde, ist selbstverständlich, und ebenso paßt durchaus in die Politik des Hauptquartiers Düsseldorf die Bemerkung, daß der passive Widerstand die Großindustrie und die Arbeiterschaft am letzten Ende auseinanderreiben werde. Gerade aus diesen Anschauungen heraus aber ist doch wichtig, daß auch Degoutte das psychologische Moment der passiven Trägheit, die leider mit dem passiven Widerstand verbunden war, außerordentlich hoch einschätzt. „Nichts ist gefährlicher“, meint er, „als die Arbeiter daran zu gewöhnen, Geld zu verdienen, ohne zu arbeiten.“

Was die überlieferte Rheinlandpolitik Frankreichs betrifft, so ist die Hoffnung des Generals auf einen schnellen Erfolg nur zu gut erklärlich. Die Ruhe herrscht im dem besetzten Gebiet, und die Selbstverfassung der Bevölkerung ist nicht schlecht. Wir verfolgen die Ausführungen unseres Programms ohne irgend etwas zu übersehen. Die rheinische Frage ist selbst für uns eine innerpolitische Frage Deutschlands. Nationalisten, Kommunisten und Separatisten betrachtet er als der verantwortliche Leiter lediglich als deutsche politische Parteien. „Wenn die Nationalisten — sagt er — bei mir eine Ermächtigung nachsuchen, eine Versammlung abzuhalten, dann erteile ich sie, wofür die Sicherheit der Besatzungstruppen nicht dadurch gefährdet wird“, — wobei er die Bemerkung verzieht, daß eben grundsätzlich jede Versammlung der sog. Nationalisten, von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen, die berüchtigte „Sicherheit der Besatzung“ gefährdet! Nur die Versammlungen der Kommunisten und Separatisten erhalten ganz selbstverständlich jederzeit die Genehmigung General Degouttes, der sich heute mehr denn je als Diktator des Rhein- und Ruhrgebietes fühlen darf. Auch er liebt die Separatisten ebensowenig wie die Kommunisten; aber beide Gruppen müssen die Schrittmacher der französischen Rheinlandpolitik werden, deren Ziel auch dem französischen General das Gleiche ist wie dem großen amtlichen und nichtamtlichen Frankreich die Zertrümmerung des deutschen Reiches und die Umformung des Rheinlands zu einem schwachen, kraftlosen Staatengebiet!

## Schlussspiel.

Vermischte Drahtnachrichten.

#### Sozialdemokratie gegen Belagerungszustand.

Berlin, 17. Oktober. Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem militärischen Belagerungszustand und den durch ihn geschaffenen Zuständen in den Einzelstaaten beschäftigt. Er ist dabei einmütig zu der Überzeugung gelangt, daß die schleunige Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes notwendig ist, um im Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten die Rechtsgleichheit wiederherzustellen.

#### Ein Raubakt.

Braunschweig, 17. Oktober. Der Lokomotivführer Fischer versuchte, den Anwalt Marheine in seinem Bureau zu erschlagen. Der Anwalt kam dank glücklicher Umstände mit einem Streifschuss davon. Fischer richtete dann die Waffe gegen sich selbst und brachte sich einen tödlichen Schuss bei. Die Tat stellt sich als Raubakt heraus. Die Frau des Lokomotivführers war nämlich von Dr. Marheine in ihrem Ehevertragsprozeß vertreten worden, und der Lokomotivführer hätte den Prozeß verloren.

#### Freisprechung von der Landesverratsanklage.

München, 17. Oktober. Das Volksgeschicht in Regensburg sprach den Redakteur der Sozialistischen Volkswacht frei, der großer Verbrechen des Landesverrats und des Verrates gegen die bayerische Rotenordnung angeklagt war.

#### Kommunistenverhaftungen in Posen.

Posen, 17. Oktober. Im Zusammenhang mit den Verhaftungen von Kommunisten in Warschau und anderen Städten hat die Posener Polizei gestern Verhaftungen und Hausdurchsuchungen vorgenommen. Zwanzig Personen sind festgenommen worden.

#### Eisenbahnverkehr vom besetzten ins unbesetzte Gebiet.

Paris, 17. Oktober. Havas berichtet aus Mainz: Zwischen einem Inspektor der Eisenbahnverwaltung in Mannheim und dem französischen Kommando in Ludwigshafen seien Verhandlungen über die Überführung der Eisenbahnzüge vom besetzten ins unbesetzte Gebiet eingeleitet worden. Auch ein Vertreter der deutschen Eisenbahnverwaltung werde in Ludwigshafen mit der französisch-belgischen Regie die Frage des Übergangs der Züge über den Rhein und die Wiederherstellung der Eisenbahnverbindungen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet unverzüglich besprechen.

## Neue Postgebühren ab 20. Oktober.

Ein Fernbrief 10 Millionen.

Die am 10. Oktober in Kraft getretene Postgebührenerhöhung hat sich schon wieder überlebt, für den 20. Oktober werden neue Sätze veröffentlicht, die wie folgt festgelegt sind:

Für Postkarten im Ortsverkehr 2 Millionen, im Fernverkehr 4 Millionen.

Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 Millionen, über 20 bis 100 Gramm 6 Millionen, über 100 bis 250 Gramm 10 Millionen, über 250 bis 500 Gramm 12 Millionen, im Fernverkehr bis 20 Gramm 10, 14, 16 und 18 Millionen.

Für Drucksachen bis 25 Gramm 2 Millionen, über 25 bis 50 Gramm 4 Millionen, über 50 bis 100 Gramm 6 Millionen usw.

Für Pakete 1. Zone (bis 75 Kilogramm) bis 3 Kilogramm 25 Millionen, über 3 bis 5 Kilogramm 35 Millionen, über 5 bis 6 Kilogramm 40 Millionen, über 6 bis 7 Kilogramm 45 Millionen, 2. Zone (über 75 bis 375 Kilogramm) bis 3 Kilogramm 50 Millionen, über 3 bis 5 Kilogramm 70 Millionen, über 5 bis 6 Kilogramm 80 Millionen, über 6 bis 7 Kilogramm 90 Millionen; 3. Zone (über 375 Kilogramm) bis 3 Kilogramm 50 Millionen; über 3 bis 5 Kilogramm 70 Millionen, über 5 bis 6 Kilogramm 120 Millionen, über 6 bis 7 Kilogramm 135 Millionen usw.

## Sächsische und Lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 18. Oktober 1923.

Merktblatt für den 19. Oktober.

Sonnenaufgang 6<sup>17</sup> | Wonaufgang 8<sup>17</sup> 9.

Sonnenuntergang 4<sup>17</sup> | Mondundergang 12<sup>17</sup> 8.

1893 Gründung der Arbeiterpartei Ddte. — 1812 Napoleon tritt in Rußland aus Warschau an. — 1817 Keitza wird von den Verbündeten erklärt. — 1863 Dichter Gullas Bremen geb.

Warnung vor Einwanderung nach der Türkei. Die Einreise in die Türkei ist jetzt nur noch den türkischen Vorkriegsunterworfenen. Bedauerlich ist aber der Anzug von Reichsdeutschen nach Konstantinopel und Anatolien. Sie sind meistens mittellos und glauben, es gäbe dort Arbeit in Hülle und Fülle. Es sei eindringlich darauf hinzuwirken, daß die Wirtschaftslage in der Türkei zurzeit sehr unzufrieden ist, und daß einträuliche Stellungen für Deutsche so gut wie gar nicht vorhanden sind. Ferner man sei daher hiermit vor der Auswanderung nach der Türkei gewarnt.

Postgebühren im Auslandverkehr. Der deutsche Gegenwart des Goldfranken bei der Fernverkehrhebung im Ausland 1 a n d s - Paket, Zeitung, Telegramm- und Fernsprechverkehr nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 18. Oktober an auf 912 Millionen Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Fächeln mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskunft erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

Vericherung von Postpaketen. Der Erfolg, den die Reichspostverwaltung für verlorene oder beschädigte Pakete leistet, reicht gewöhnlich nicht aus, den wirklich entstandenen Schaden auch nur annähernd zu decken; außerdem folgt die Erhöhung der gesetzlichen Erstattungsbeträge der Wertangabe in so weitem Abstände, daß die Spanne zwischen Schaden und Ertrag immer größer wird. Aus diesem Grunde hat die Europäische Güter- und Reisegepäckversicherung W. G. einen neuen Versicherungszweig, die Versicherung von Postpaketen, aufgenommen. Dessenfalls macht man mit dieser Versicherung nur gute Erfahrungen — bei der nichtamtlichen Versicherung von Wagnepäck ist das durchaus nicht immer der Fall.

Naunhof. Nach den Verhandlungen in der gestern Abend im Gasthof „zum goldenen Stern“ stattgefundenen Versammlung zu urteilen, kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß von den bürgerlichen Parteien eine gemeinsame Liste zur Stadterverordnetenwahl präsentiert wird. Der Gewerbeverband in Gemeinschaft mit dem Haus- und Grundbesitzer-Verein schließt sich dem Bürgerbund an; die Festlegung der neuen Kandidaten ist so gut wie erledigt und ist nur noch reine Formalie. Die Liste wird kommenden Sonnabend zum Gemeinderat und dem bekanntgegeben. Von den bisherigen Vertretern wird ein großer Teil wieder aufgestellt.

Die neuen Brotpreise. In der Bevölkerung scheint die Meinung zu herrschen, daß der Brotpreis noch durch die Amtshauptmannschaft festgelegt werde. Wie wir erfahren, wurde der Preis von der Behörde nur bis zum 15. Oktober festgesetzt. Für die Preise für Schwarz- oder Weißbrot vom 16. d. M. ab ist die Amtshauptmannschaft oder der Bezirksverband nicht mehr verantwortlich. Diese Preise werden von den Bäckereien festgelegt.

Die Amtshauptmannschaft gibt folgendes bekannt: Nach § 2 des Gesetzes über die Bekämpfung der Bismaralle vom 30. Juli 1923 sind Eigentümer, Pächter, Mieter, Pächter von Grundstücken und lebenden Gewässern, Jagd- und Fischereiberechtigte sowie die gesetzlichen und die bestellten Vertreter dieser Personen verpflichtet, sobald sie das Auftreten von Bismaralle beobachtet oder davon Kenntnis erhalten, dies unter Angabe von Ort, Zeit und anderen wichtigen Umständen der Amtshauptmannschaft binnen 3 Tagen anzuzeigen. Die anzuzeigenden Personen haben die zur Abwehr und Vertilgung der Bismaralle nötigen Maßnahmen, die im Einzelfalle von der Amtshauptmannschaft näher bestimmt werden können, durchzuführen. (§ 4 des Gesetzes.) Zuwiderhandlungen sind strafbar.

Verlängerung von Fahrpreiserhöhungen. Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ist die Fahrpreiserhöhung der Arbeiterwochenkarten für Kurzarbeiter vorläufig bis 31. März 1924 verlängert worden. Weiter werden die ermäßigten Schülermonatskarten für Kinder aus dem Rhein- und Ruhrgebiet, sowie die Fahrpreiserhöhung für diese Kinder und die beteiligten Pächter zum Golliesdienste bis 31. Dezember 1923 verlängert.

Wie wird der Winter? Es gibt verschiedene Anzeichen in der Natur, welche Schluß auf einen gelinden kommenden Winter zulassen. So wurde dieser Tage vom Forstlicher Sachverständigen beobachtet, wie zwei Habichte zu Nester trugen; das ist bei einem Störchen in Wäldern der Fall. Man sieht daraus, daß der Winter diesmal ungewöhnlich spät einziehen wird und im allgemeinen nicht allzu kalt werden wird, von verschiedenen Kälteperioden abgesehen. Können wir das hoffen!

Die rasenden Bierpreiserhöhungen fördern in verschiedenen Bezirken recht sonderbare Ergebnisse zulage, die dringender Aufklärung bedürfen. Während die Arbeitsgemeinschaft der Lausitzer Genossenschaft bekanntgibt, daß ab 12. Oktober 0,35 Glas Vollbier 80 Millionen, Spezialbier 90 Millionen kosten, betragen in Kamenz und Umgegend die Bierpreise laut Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft der dortigen Sozial- und Gastwirte vom 14. Oktober ab für das

Glas Einloch 1  
ebenfalls 23 M.  
An welcher Org  
billig oder Ziti  
+ 8 R r  
Verfügen des  
gemacht: Die St  
Wassereinstellung  
nur rechnen könn  
gebildet sind.  
vorweg abgeferlt  
verhört können  
festgelegt des ein  
gewordenen Bei  
Zählweisesterm  
müssen. — Für  
Vollstreck eingeh  
hafte, sondern W  
Bei Banküberwe  
an dem der B. l  
— Leipzig  
bahnstraße, in e  
früh die 30 Jähr  
irische Beleucht  
Am ganzen Röh  
Vermutlich ist f  
dem außerordent  
dem Rechte zu n  
der Nähe arbeit  
fähig dort hängt  
— Von K  
lung eine Eigen  
such gemacht,  
Da die Eingäh  
waren, mühten  
sich zu nehmen.  
durch die Luft  
sich zusammen,  
Fehlwaren-Groß  
Gratisverteilung  
nach dem feiler  
vonzuschleppen.  
Jehn, zwanzig  
umklammer! sei  
auf. Margarit  
Höhen der Adm  
loben, prägen  
Gebränge entri  
Spuren des A  
eine zerbrochen  
ein zerfetztes M  
einer Schar Zu  
wieder verloren  
brängen gegen d  
Polizeimannsch  
wird Luft gefö  
sammelt sich.  
hallengebüde.  
Sohnrute. —  
schönen Biede.  
schwanden in dr  
— Taus  
zwei nebeneinan  
kette erreichen.  
kraftwagen in d  
trotzdem der Fä  
dal. Er lief dest  
von diesem auf  
schwere Gehirn  
Dille nach etwa  
— Zment  
zahlung der 4  
Messing-Türklin  
— Werm  
jeinen Anhang g  
Heil 2  
56 Copyright



Verbreitung... Millionen, über...

Verbreitung.

Oktober 1923. 30. 9. 12. 3.

Verbreitung... Millionen, über...

Verbreitung... Millionen, über...

Verbreitung... Millionen, über...

Verbreitung... Millionen, über...

Glas Einfach 18 Millionen, Pillener 23 und Vollblei (dunkel) ebenfalls 23 Millionen.

Die Steuerzahler. Auf Grund einer neuerlichen Verfügung des Reichsministers der Finanzen wird folgendes bekannt gemacht.

Leipzig. In einer chemischen Fabrik in der Eisenbahnstraße, in der Schuphitl hergestellt wird, betrat am Freitag früh die 30jährige Geschäftsführerin den Keller.

Von den Leipziger Unruhen hält eine dortige Zeitung eine Szene fest, die lautet: Wiederholt wurde der Versuch gemacht, gegen die Markthallengebäude vorzudringen.

Tausche. Ein 10 jähriger Schulknabe wollte hinter zwei nebeneinander fahrenden Lastgeschirren die andere Strobenkette erreichen.

Wermesdorf. Das Dorfweibchen hat Mittwoch seinen Anfang genommen und wird drei Tage andauern.

Wermesdorf. Das Dorfweibchen hat Mittwoch seinen Anfang genommen und wird drei Tage andauern.

Reis Trautners Lebensroman.

Roman von Hans von Pannwitz. 56 Copyright 1922 by Karl Köhler & Co., Berlin W. 15.

Empört schlich sich der Entsetzmann zur Tür hinaus, die Professor hatte ihm schon öfters einen biden Strich durch die Rechnung gemacht.

Reis war gegangen, dem Vater und dem jungen Gatten die frohe Botschaft zu bringen.

Epore stammelte etwas in der Sprache seiner Dienerin. Er gerade er. Ob, wie mußte der stolze Fürst Epore sich vor dem Professor schämen, in die Erde hätte er versinken mögen vor Epore.

Nachdem Martin Ernstmann für die nächste Behandlung der Kranken seine Anordnungen gegeben, wollte er sich still entfernen, doch eine sanfte Hand hielt ihn, als er eben die Treppe hinabsteigen wollte, zurück.

Reis schelte ihn an. „Entziehe dich nicht dem Dank glücklicher Eltern, dem Dank eines glücklichen Mannes. Beide glücklich durch dich. Verkünnere dein Tun nicht, beweiße allen, daß Auge und Hand sicher waren, weil dein Herz still geworden weil meine blonde Pflegeschwester mir den Platz darin hat abgeben müssen.“

Sie standen beide in einem langen, fahlen Flur, in den rechts und links viele schneeweiße Türen einmündeten. Hinter den meisten der Türen lagen wohl Kranke, lebten Entsetzen und Wogen und Schmerz.

Sie zog den Arm des Professors sanft und doch fest unter den ihren. „Komm zu den anderen, Liebster, ein Ernstmann beschämt die Menschen nicht, die ihm webeten, verwirft ihren Dank nicht.“

konnte am Montag noch nicht beginnen, weil durch die letzten wolkenbruchartigen Regengüsse dem großen Teiche wieder zuviel Wasser zugeführt worden war.

Rochitz. Der Kartoffelpreis wurde in einer hier stattgehabten Sitzung der Preisfestsetzungskommission (Vertreter der Erzeuger, der Stadt und der Gewerkschaften) auf 250 Millionen Mark bei Selbstabholung vom Erzeuger und auf 300 Millionen Mark bei Zufuhr bis zu einer Entfernung von 5 Kilometern festgesetzt.

Penzig. Eine dunkle Geschichte hat sich in einer der letzten Nächte hier abgepielt. Auswärts Automobilisten hielten beschwichtigend Einkehr, wobei das gefällige Besammeln in einer Gambrinusstube etwas lang ausgezogen wurde, da es galt, Wiedersehensfreuden zu kusseln.

Mittweida. Sonntag früh fand man auf dem Wege zwischen Bogersdorf und Soltau einen etwa 40-jährigen Mann in einer hohen Bluse liegend tot vor.

Riesa. 15. Okt. Brotpreise. Die Preise der freien Backware werden von der Backrinnung Riesa wie folgt festgesetzt: 1 Brötchen 6 Millionen, 1 Pfund Brot 1. Sorte 60 Millionen, 1 Pfund Brot 2. Sorte 55 Millionen.

Meißen. Wie die „Meißner Zeitung“ meldet, wurde der Führer der kommunistischen Bundeswehrschaft, Stiel, in Meißen auf Grund eines Befehls des Wehrkreiskommandos verhaftet.

Werbau. Als man den oberhalb Reuth am Werbauer Wald gelegenen großen Teich zu sichten im Begriffe stand, gelang es, zwei Blamstrallen zu erlösen, von denen die eine 50 Zentimeter maß.

Zwickau. Die hier für den 14. Oktober geplante Denkmalsweihe für die gefallenen Helden des A.-Inf.-Regts. 243, verbunden mit Wiedersehensfeier, konnte aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht stattfinden und ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Am ein Stück Weg zu sparen, ließ ein Einwohner in Königstein in den Abendstunden über einen Staken-Jaun, blieb aber beim Abspringen mit seinem Trauring an einer Zaunspitze hängen und riß sich einen Finger der rechten Hand buchstäblich heraus, so daß er vom Arzte vollständig abgetrennt werden mußte.

Ostzig. Die Beertragung der ermordeten Frau Alma Werner fand unter großer Anteilnahme der Bevölkerung auf dem hiesigen evangelischen Kirchhofe statt.

Naß und Fern.

Lebensmittelkrise und Erwerbslosenhandlungen fanden auch am 16. Oktober in mehreren Großstädten des Reiches statt. In Köln sind infolge der Unruhen etwa 70 Personen, darunter eine große Anzahl Jugendlichen, verhaftet worden.

Wertvolle Beschlüsse. Der Schlossherr v. Nahmpeß im Kreise Breußisch-Holland, dem von Einbrechern Silbertruhe und wertvolle Schmucksachen gestohlen wurden, hat als Belohnung eine ostpreussische Milchkuh oder deren Gegenwert ausgeschrieben.

Anschlag gegen eine Eisenbahn. Verbrecher haben kurz hinter Harburg auf der Strecke Hamburg-Harburg versucht, die Eisenbahnschienen aufzureißen.

Der Staatsanwalt gegen die Frankfurter Gasgesellschaft. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. hat gegen den Vorstand der Frankfurter Gasgesellschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, um festzustellen, ob nicht das Geschäftsgeschehen der Gesellschaft Straftatbestimmungen sowohl der Preistreibereiordnung wie auch des Strafgesetzbuches verletze.

Schweres Eisenbahnunglück in der Tschechoslowakei. Auf der Strecke Friedek-Mährisch-Osttau (Tschechoslowakei) ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. Ein Personenzug, der von Friedek kam, stieß mit einem anderen Personenzug zusammen.

Bekanntmachung der Opfer der Warschauer Explosion. In Warschau fand Dienstag die feierliche Beisetzung der Opfer der Explosion in der Zitadelle in Anwesenheit mehrerer Minister, der Vorsitzenden des Sejm und des Senats, von Vertretern der Behörden und Verbände und einer ungeheuren Menschenmenge statt.

Die Bergungsarbeiten im Bergwerk Redding. In dem Bergwerk Redding in Schottland sind fünf weitere Leiber zutage gefördert worden. Man hofft, in den vom Wasser verfallenen Schacht Nr. 2 einbringen zu können, um drei Bergarbeiter, die, wie man glaubt, sich dorthin geflüchtet haben, und die noch am Leben sein könnten, zu retten.

Wasserkatastrophe in den Ver. Staaten. Nach vierstündigem Regen ist ein Staubeden für Wasserversorgung in der Nähe der Stadt Oklahoma (Ver. Staaten) gesunken. 18 Häuserviertel im Geschäftsteil der Stadt stehen unter Wasser. Tausende von Menschen sind obdachlos.

Aus den Händen chinesischer Banditen befreit. Zwei Mitglieder der britischen Frauenmission in China, die im vergangenen Monat von Banditen geraubt worden, sind von den chinesischen Regierungstruppen nach dreitägiger Schlacht befreit worden.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin. Mit Genehmigung der Reichs- und Staatsbehörden gibt die Stadt Berlin neue Dreimilliardencheine in den Verkehr. Die Noten, deren Rückseite unbedruckt ist, sind gesetzliche Zahlungsmittel.

Vom Lebensmittelmarkt.

Berliner Butterpreis. Die Berliner Butternotierungskommission notierte für die Qualität, wobei Frucht und Gebinde zu Lasten des Käufers gehen, 1,2 Milliarden Mark.

Kartoffelpreis in Berlin. Die Berliner Kartoffelnotierungskommission notierte für Kartoffeln, Erzeugerpreis ab märkischen Stationen, 1,6 Milliarden Mark pro Zentner.

bers bist du als sie, und deshalb fürchte ich mich nicht, nach einmal den Frühling an meinen Sommer zu lassen, an einen Sommer, über den schon leiser Herbsthauch weht.“

Kaum war Martin Ernstmann ins Zimmer getreten, kürzte Gustav Haber auf ihn zu, holte Frau Doris schluchzend nach seiner Hand.

Fürst Epore aber verwannte keinen Blick von ihm. „Neht haben meine Augen einen leidenschaftlichen Freilang gelehrt.“

„Mein Leben gebt Ihnen“, sagte er leierlich, „wenn Sie einmal eines Freundes bedürfen, der sein Leben für Sie wagt, dann rufen Sie mich. Ele retten meine geliebte Blume, die Ihnen nur Leid brachte, bis in alle Ewigkeit gebt Ihnen meine Dankbarkeit.“

Martin Ernstmann trat ein wenig zurück. „Ich tat nur meine Pflicht und tat sie gern, weil mich ein geliebtes Mädchen hat.“

Er sah Reis liebevoll an. „Reis reichte ihm die Hand. „Wir wollen einander angehören.“

Frau von Eulken hatte glückliche Augen. „Wie gut hatte ich nun doch noch alles gestaltet so gut, daß sich darüber viele schwere Jahre leicht verdaulich ließen.“

XXIV.

Einige Tage verbrachte Erna in ziemlich schwerem Wundfieber, und der Professor erschien täglich an ihrem Lager, ohne daß sie etwas davon ahnte.

Über der Fürst Epore dachte anders darüber, und als Erna aus aller Gefahr war, sagte er ihr die volle Wahrheit. Fiererschütterter hörte ihn die schöne blonde Frau an, und beschämt schlang sie die Arme um ihres Mannes Hals.

Er schüttelte den Kopf. „Der Professor ist längst wieder abgereist.“

Erna aber fand keine Ruhe, seit sie wußte, was der Mann, an dem sie so schlecht gehandelt, ihr getan. In ihm und Bergen brannte es ihr gleich einer unzähligen Schuld.

So kamen sie auch durch Frankfurt. Und vor dem Römer führte der Zufall das junge Ehepaar mit Professor Ernstmann zusammen.

Reis schelte ihn an. „Entziehe dich nicht dem Dank glücklicher Eltern, dem Dank eines glücklichen Mannes. Beide glücklich durch dich.“

Reis schelte ihn an. „Entziehe dich nicht dem Dank glücklicher Eltern, dem Dank eines glücklichen Mannes. Beide glücklich durch dich.“

Reis schelte ihn an. „Entziehe dich nicht dem Dank glücklicher Eltern, dem Dank eines glücklichen Mannes. Beide glücklich durch dich.“

Reis schelte ihn an. „Entziehe dich nicht dem Dank glücklicher Eltern, dem Dank eines glücklichen Mannes. Beide glücklich durch dich.“

(Schluß folgt.)



